

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

49 (2.7.1946)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH
Lammstraße 10-11, Tel. 4051/53
Karlshausen für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und
Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 2. Juli 1946

Nummer 49

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monat: Bezugspreis RM 2,20, durch die Post
bezogen RM 2,40, zuzügl. RM 0,38 Zustellgebühr,
Anzeigen: Die 10sp. Nonp.-Zeile RM 2,-
in Beirkaug. RM 1,-, Amtl. Anz. die Hälfte.

Das Ergebnis der Wahl zum Verfassungsparlament

Parteien-Stärkeverhältnis nicht grundlegend verändert — Erfolg der Linksparteien — Starker Zuwachs der DVP — Stimmenrückgang der CDU

Stuttgart, 1. Juli (DANA). Bei den gestrigen Wahlen zum verfassunggebenden Landesparlament hat die CDU mit 40,9% der abgegebenen Stimmen ihren führenden Platz behauptet. Sie gewann 474 878 Stimmen von den insgesamt 1 161 560 abgegebenen Stimmen für sich. Die SPD erhielt 195 422 Stimmen, die DVP 374 739, die KPD 116 521.

Das Ergebnis der Wahl zum Verfassungsparlament ist ein Erfolg für die Linksparteien. Die DVP hat ihren Stimmenrückgang von 1933 gegenüber den Wahlen zum verfassunggebenden Landesparlament in den drei Ländern der amerikanischen Besatzungszone in die CDU die stärkste Partei, während die SPD 1 813 367 Stimmen auf sich vereinen konnte. An dritter Stelle steht die KPD mit 855 469 Stimmen. Die DVP und die FDP konnten insgesamt 384 397 Stimmen für sich buchen, wozu die Arbeiterpartei in Bayern 137 525 Stimmen und die Arbeiterpartei 8323 Stimmen erzielten.

SPD in Großhessen führend
Frankfurt, 1. Juli (DANA). Die SPD hat ihre Stimmenzahl von 648 314 bei den großhessischen Kreistagswahlen am 26. Mai und 28. April um 6 776 Stimmen erhöhen können. Dagegen hat die CDU von den 553 428 bei den Kreistagswahlen erreichten Stimmen 3 086 Stimmen eingebüßt. Die KPD erzielte einen Stimmenzuwachs von 4 084 Stimmen, während sich die LDP, die bei den Kreistagswahlen 109 966 Stimmen erhalten hatte, dieses Mal sogar um 10 380 Stimmen vergrößerte. Zu berücksichtigen ist, daß bei den Kreistagswahlen 49 025 Stimmen für Splitterparteien abgegeben worden waren, dieses Mal war in Großhessen außer den vier Hauptparteien nur die Arbeiterpartei wählbar.

Das Wahlergebnis in Bayern
München, 1. Juli (DANA). Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der Wahlen in Bayern steht wiederum die CSU an der Spitze der Parteien mit 1 584 679 Stimmen, das sind 58,2% aller abgegebenen Stimmen. In weitem Abstand folgt die SPD mit 785 538 Stimmen oder 28,9% der abgegebenen Stimmen. Die KPD steht wie bisher an dritter Stelle mit 144 676 Stimmen oder 5,3% aller Stimmen. Die WAV gewann beträchtlich an Stimmen und trat mit 137 525 oder 5,1% aller abgegebenen Stimmen an die 4. Stelle vor der FDP mit 68 629 Stimmen, das sind 2,5% aller Stimmen.

Badens Vertretung in Stuttgart
Bei den Wahlen am Sonntag wurden von den vier Kreisen des Landesbezirks Baden in der verfassunggebenden Landesversammlung gewählt: von der CDU 15 Abgeordnete, von der SPD 12, von der DVP 4, von der KPD 4.

CDU	DVP	SPD	KPD
24 681	8 563	26 060	6 292
19 342	3 607	14 200	2 511
29 314	7 495	40 032	16 796
18 676	4 058	15 454	7 213
5 226	4 138	7 500	1 937
6 579	1 807	7 025	1 400
20 468	1 461	7 065	1 883
11 560	2 356	7 005	1 338
11 597	1 235	3 539	910
14 969	6 144	13 789	4 145
16 979	5 110	10 636	3 729

CDU	DVP	SPD	KPD
8 791	920	2 212	467
10 196	5 729	15 364	5 990
14 345	3 177	4 419	1 434
18 350	8 157	13 883	4 776
7 776	2 774	4 086	450
10 124	3 359	8 532	2 289
20 217	15 552	27 676	4 366
6 647	1 342	1 289	229
7 435	2 324	5 047	2 352
14 141	13 787	18 952	5 876
11 114	3 980	10 145	2 817
4 396	3 233	2 361	434
8 964	4 602	6 304	1 345
11 963	2 046	3 292	538
5 265	3 325	5 183	1 246
13 850	9 515	9 973	2 323

Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 72%. Die Zahl der ungültigen Stimmzettel belief sich auf 62 339. In Bayern verteilen sich die 180 Abgeordneten wie folgt: CSU: 109, SPD 51, KPD 8, WAV 8, FDP 4 Sitze.

KARLSRUHER EHRENDIENST!

Mein Aufruf zum freiwilligen Ehrenamt hatte dank Eurer Hilfsbereitschaft großen Erfolg. Etwa 15 000 Männer aller Altersstufen haben sich zum Einsatz bei der Trümmerbeseitigung gemeldet, zahlreiche weitere Meldungen gehen täglich ein. Die Wirkungen werden sich bald zeigen. In kurzer Zeit wird unsere „Trümmerbahn“ fahren und ein sicheres Zeichen sein für den Wiederaufbau der Karlsruhe, trotz aller Schwierigkeiten ihrer Stadt wieder aufzubauen. Wer bis jetzt noch geizig war, nehme sich ein Beispiel an den vielen ehrenamtlich und wirklich kranken Männern, die ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit ihrem vollen die Hilfe beim Wiederaufbau nicht versagen wollen und am Ehrenamt teilnehmen, ferner an den tausenden Männern, die im Berufestehenden stehen seit dem Zusammenbruch ihre ganze Arbeitskraft für die Erfüllung ihrer Berufspflichten eingesetzt haben, und trotzdem ihren Anteil an der Ehrenarbeit freiwillig übernommen haben. Jeder muß es als seine Ehrenpflicht ansehen, diesen Männern nicht nachzusehen, um durch die zu erwerbende Ehrenkarte einst den Beweis erbringen zu können, daß er nicht gefehlt hat, als in schwerster Zeit der Ruf zur Gemeinschaftshilfe.

Das ist der Sinn der Ehrenkarte. Wenn einzelne ehemalige Parteigenossen glauben, sich mit der Ehrenkarte einen Anreiz erarbeiten zu haben, der sie sofort zu Antifaschisten mit blütenweißem Wiederanlauf umschließt, womöglich mit dem Anrecht auf eine Staatsstelle und eine möblierte 4-Zimmer-Wohnung, befinden sie sich in einem selbstverschuldeten Irrtum. Ueber die Eingruppierung der Belasteten nach dem Befreiungsgesetz und über etwaige Sühnemaßnahmen entscheiden allein die Staatlichen Behörden. Bei einer behördlichen Entscheidung kommt es nach allen sachlichen Gesichtspunkten auch auf die Person an, die an die Behörde mit ihrem Anliegen herantritt. Ein Mittel, die Person und ihren Wert zu beurteilen, ist die erwiesene Bereitschaft, dem Gemeinwohl in harter Zeit zu dienen. Diesen Beweis erbringt die Ehrenkarte.

Karlsruher! Es geht um die Zukunft Eurer Stadt! Helft alle mit, das sie bald wieder zu neuem Leben erblüht! Meldet Euch zum Ehrendienst!
Karlsruhe, den 1. Juli 1946.
Der Oberbürgermeister: Veit.

Hoover zur Welternährungslage

Ottawa, 1. Juli (AP). „Massenhungernöte künden in allen bedrohten Gebieten der Welt von der Notwendigkeit“, erklärte Herbert Hoover am 30. Juni in einer Rundfunksprache, die er zu seinen Abschlusssitzungen über die Besuche in 20 Staaten bezieht. Auf die bevorstehenden kritischen Wochen bis zum Einbringen der kommenden Ernte eingehend, erklärte Hoover, daß der Internationale Ernährungsrat besondere Hilfsmaßnahmen für 20—30 Millionen Kinder in Europa und 3 Millionen in Asien vorbereite.

Italienisch-französische Grenzfrage

Paris, 1. Juli (DANA). Am 27. Juni befaßten sich die Außenminister erneut mit den noch ausstehenden Fragen der einzelnen Friedensverträge, doch wurde über die wichtigsten Punkte noch keine Einigung erzielt. Im Verlauf der Sitzung erklärte Byrnes, er werde sich am 28. Juni darüber klar machen, ob er sich mit der französischen Regierung verständigen könne, und wenn die allgemeine Friedenskonferenz einberufen werden soll.

Byrnes beharrt auf Friedensvollkonferenz

Washington, 1. Juli (DANA). Eine zweipersonige Kommission der vier Großen, die unter Zuzug der Vereinten Nationen steht, hat die Kürzung der Zuckerzuteilung um rund 450 000 Tonnen notwendig geworden. Der neugegründete internationale Ernährungsrat für Notzeiten, der seine Zustimmung zu dieser Kürzung erteilte, hat damit seine erste Amtshandlung vorgenommen.

Erzbischof von Canterbury über Deutschland

London, 1. Juli (DANA). „Viele wünschen mit uns, daß Deutschland nicht zu einem Slum wird“, erklärte der Erzbischof von Canterbury am 30. Juni in seiner Ansprache in der Kathedrale von Peterborough. „Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland, die eine tiefernde Verzweiflung erzeugt, muß durch eine klare Politik konstruktiver Maßnahmen aufgehalten werden, ehe es zu spät ist.“

Byrnes beharrt auf Friedensvollkonferenz

Paris, 1. Juli (DANA). Am 27. Juni befaßten sich die Außenminister erneut mit den noch ausstehenden Fragen der einzelnen Friedensverträge, doch wurde über die wichtigsten Punkte noch keine Einigung erzielt. Im Verlauf der Sitzung erklärte Byrnes, er werde sich am 28. Juni darüber klar machen, ob er sich mit der französischen Regierung verständigen könne, und wenn die allgemeine Friedenskonferenz einberufen werden soll.

Byrnes beharrt auf Friedensvollkonferenz

Washington, 1. Juli (DANA). Eine zweipersonige Kommission der vier Großen, die unter Zuzug der Vereinten Nationen steht, hat die Kürzung der Zuckerzuteilung um rund 450 000 Tonnen notwendig geworden. Der neugegründete internationale Ernährungsrat für Notzeiten, der seine Zustimmung zu dieser Kürzung erteilte, hat damit seine erste Amtshandlung vorgenommen.

Endergebnis des sächs. Volksentscheides

Berlin, 1. Juli (DANA). 94,1 Prozent aller Wahlberechtigten haben am Sonntag beim sächsischen Volksentscheid über die Übergabe von Betrieben im Krieges- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes ihre Stimme ab- 77,7 Prozent der abgegebenen Stimmen waren Ja-Stimmen. Damit haben sich 2 683 401 von 3 459 658 abgegebenen Stimmen beim sächsischen Volksentscheid dafür ausgesprochen, daß der Gesetzentwurf der Landesverwaltung v. 5. Mai über die Übergabe von Betrieben der Krieges- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes in Kraft gesetzt wird.

Die polnische Volksabstimmung

Warschau, 1. Juli (DANA). In Polen fand am 30. Juni eine Volksabstimmung über die Art und Weise der Abschaffung des Senats, über die Agrar- und Sozialreformen, sowie über die Westgrenzen des Landes statt. Die Abstimmung verlief nach bisher vorliegender Berichten in voller Ruhe und Ordnung.

Italien behält 41 Flotteneinheiten

Nach einer auf der Samstag-Sitzung der Außenministerkonferenz getroffenen Entscheidung wird Italien 41 Einheiten seiner Kriegsflotte, sowie zahlreiche Hilfsschiffe behalten. Im einzelnen wird die künftige italienische Flotte aus 2 Schlachtschiffen, 4 Zerstörern, 16 Torpedobooten und 19 Korvetten bestehen.

Gasperis Appell an die Außenminister

Rom, 1. Juli (AP). Der italienische Ministerpräsident de Gasperi appellierte am Sonntag an die Außenminister der vier Großmächte, vor einer endgültigen Entscheidung über das Gebiet von Triest Italien anzuhören.

Aus aller Welt

Washington. Der Senat der Ver. Staaten nahm das Preiskontrollgesetz mit 47 gegen 23 Stimmen an. Das Gesetz bedarf nunmehr noch der Unterzeichnung durch den Präsidenten. Das Gesetz verlängert die Preiskontrolle für Mangelwaren um weitere zwölf Monate. (AP)

London. Ein Finanzabkommen zur Tilgung der polnischen Kriegsschuld an Großbritannien wurde von einer polnischen Delegation und britischen Regierungsvertretern unterzeichnet. Nach dem Vertrag soll Polen für den Unterhalt und die Ausbildung aller Polen im britischen Empire bis zum 1. Juni d. J. aufkommen, während in Zukunft das britische Schatzamt für alle jene Polen, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen, diese Aufgaben übernimmt.

London. Die anglo-amerikanischen Verhandlungen über technische Fragen zur Durchführung der Vorschläge der Palästina-Kommission wurden, wie das britische Außenministerium bekanntgab, abgeschlossen. Die amerikanischen Verhandlungsteilnehmer werden sich in Kürze nach New York zurückbegeben, um der amerikanischen Regierung die Ergebnisse der Verhandlungen zu unterbreiten.

Wien. Der Alliierte Kontrollrat in Oesterreich übertrug durch ein am Freitag unterzeichnetes Abkommen dem österreichischen Kabinettsvolle Regierungsgewalt außer in besonderen die Besatzungsmächte direkt betreffenden Angelegenheiten, heißt es in einem nach Beendigung der Sitzung herausgegebenen Kommuniqué. Der Wortlaut des Abkommens wurde nicht veröffentlicht.

Schanghai. Der Waffenstillstand zwischen der chinesischen Zentralregierung und den chinesisch-kommunistischen Streitkräften, der am 30. Juni abgelaufen war, ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Letzte Neuigkeiten

Paris, 2. Juli (DANA). Außenminister Byrnes führte gestern mit General Lucius D. Clay, dem stellv. Militärgouverneur in der US-Zone Deutschlands, und mit Robert Murphy, dem politischen Berater General McNarneys, Besprechungen über Deutschland betreffende Probleme, die auf der Tagesordnung der Sitzung der Außenminister stehen. Der französische Außenminister Bistrit gab einen Empfang für Byrnes, Bevin, Molotov und deren Berater. Molotov hatte am Sonntag den tschechoslowakischen Außenminister Jan Masaryk empfangen, der die beabsichtigten Forderungen der Tschechoslowakei auf der kommenden allgemeinen Friedenskonferenz darlegte.

Paris, 2. Juli (AP). Die Außenminister vertagten sich nach einer dreistündigen Sitzung am gestrigen Abend, ohne eine Entscheidung über die Triest-Frage getroffen zu haben. Auch über den Termin zur Einberufung der allgemeinen Friedenskonferenz wurde keine Verständigung erreicht.

Hannover, 2. Juli (DANA). Der ehemalige Gauleiter von Südhannover-Braunschweig und SS-Obergruppenführer Hartmann Lauterbacher wird sich am 2. Juli vor einem höheren britischen Militärgericht in Hannover zu verantworten haben.

US-Unabhängigkeitstag

Truppenparade in Frankfurt (Main) geplant
Frankfurt, 1. Juli (DANA). Der amerikanische Unabhängigkeitstag am 4. Juli wird in Frankfurt, wie das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland bekanntgibt, durch eine Parade, in der mehr als 6000 Soldaten teilnehmen, gefeiert werden. Die Truppen werden um 10.30 Uhr vormittags aufstellung nehmen und dann anschließend daran zum Sperrbezirk marschieren, wo General McNarney und eine Gruppe von Stabsoffizieren vor dem Hauptquartier die Parade beobachten werden. Mit 48 Salutsschüssen und der Nationalhymne wird die Truppenparade um 12.00 Uhr mittags ihren Abschluß finden. Im Verlauf des Nachmittags werden sportliche Veranstaltungen und Vergnügungen für die Besatzungstruppen stattfinden. Wenn das Wetter es zuläßt, wird eine Kompanie Fallschirmjäger einen Übungsprung auf dem Eschborner Feld durchführen. Ein Feuerwerk über dem Main wird die Feier beenden.

Clay und Murphy nach Paris gereist

Berlin, 1. Juli (DANA). Der stellvertretende Militärgouverneur für die amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, General Lucius D. Clay, und der politische Berater General McNarneys, Robert D. Murphy, sind am Sonntag nach Paris abgereist, um an den Besprechungen der Außenminister über die deutsche Frage teilzunehmen, die für Montag auf der Tagesordnung gesetzt werden war.

Gegen weitere Anerkennung Francos

Moskau, 1. Juli (DANA). Das Exekutivkomitee des Weltgewerkschaftsbundes hat auf seiner Tagung in der sowjetischen Hauptstadt eine Entschließung angenommen, in der den Mitgliedstaaten des Bundes empfohlen wird, dem Franco-Regime die weitere Anerkennung zu verweigern und die republikanische Exilregierung Giral als rechts- und verfassungsmäßige Regierung Spaniens anzuerkennen.

Den Mitgliedern wird ferner empfohlen, in der Zeit vom 18. Juli bis zum 18. August Massendemonstrationen gegen das Franco-Regime in ihren Ländern zu organisieren. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten Entschlüsse an die Organisationen der Ver. Nationen senden, in denen die Annahme einer Resolution zur Wiederherstellung der spanischen Demokratie und 2. die Annahme der Empfehlungen des UN-Spanienausschusses zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Spanien gefordert werden soll.

Jeder Mitgliedstaat muß selbst entscheiden, welche Maßnahmen gegen das Franco-Regime zweckmäßig und angebracht erscheinen, doch sind die vorliegenden Empfehlungen zu überprüfen und ihre Durchführung zu erwägen.

Zum Wahlergebnis

Von Walter Schwerdtfeger

Die gestrige Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung, die bedeutsamste der bisherigen Wahlen, verlief in Ruhe und Ordnung. Daß die Wahlbeteiligung durchschnittlich geringer ausfiel als bei den Gemeindevahlen, war eine Folge nicht etwa von Wahlmüdigkeit, sondern des Umstandes, daß man es mit einer typischen „Sommerwahl“ zu tun hatte, die aus Arbeitskräften große Teile der Bevölkerung auf dem Lande behindert, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die von der Landwirtschaft voll erkannte Notwendigkeit der Produktionssteigerung wirkt sich in einer Verstärkung der Sonntagsarbeit aus, erzwungen am gestrigen Sonntag in verstärktem Maße durch eine vorangehende, längere Regenperiode.

Der Rückgang der Wählerstimmen entfiel daher in entscheidendem Umfang auf das Land, während in den Städten zwar eine teils erhebliche Ungleichmäßigkeit, im ganzen aber eine Beteiligung am Wahlvorgang zu konstatieren war, die als nicht unbedeutend bezeichnet werden darf. Trotzdem hätte man angesichts der Bedeutung der Wahl eine stärkere Beteiligung erwarten können. Es spielte offenbar eine Rolle, daß das bei der Gemeindevwahl geübte Stimmgeld die Persönlichkeit bei der diesmaligen Wahl weniger mitsprach. Ueberdies fiel die Vorarbeit der Partei in nicht seltenen Fällen weniger intensiv als im Vormonat aus. Die in Erscheinungshäufigkeit und Auflage beschränkte Presse, die namentlich in ländlichen Distrikten mit einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Exemplaren vertreten sein kann, vermag die gegenüber normalen Verhältnissen heute ungleich geringere Wahlpropaganda nicht hinreichend auszugleichen.

Das Wahlergebnis zeigt keine grundlegende, jedoch eine sehr interessante Veränderung im Stärkeverhältnis der Parteien.

Unter Berücksichtigung der schwächeren Wahlbeteiligung verzeichnete die SPD in Württemberg namentlich vielfach in den Südkreisen, so auch in Karlsruhe, die führende Position. Das Karlsruhe-Resultat darf im besonderen auch als ein erfreulicher Ausdruck der Anerkennung und des Vertrauens zur Stadtverwaltung gewertet werden. Auch die KPD verzeichnete in kleinerem Maße bei den Wahlen einen Gewinn, wogegen die CDU eine Einbuße erlitt, die im wesentlichen der DVP zuzurechnen kommt. Das ungefähr gleiche Bild bietet das Wahlergebnis in der US-Zone überhaupt. Der Stimmenrückgang der CDU entfiel zum geringsten Teil auf die ländlichen Bezirke. Die Annahme, daß die relativ mäßige Beteiligung an der Kreiswahl auf dem Lande, die der CDU Stimmen entzog, diesmal weitgemacht werden würde, bewahrheitete sich nicht, was sich aus den eingangs skizzierten Gründen erklärt. Diese Motive jedoch keineswegs die Abnahme der CDU-Stimmen in den Städten. Zwar behauptete die CDU mit 41 Sitzen die erste Stelle vor den 32 Sitzen der SPD, den 17 der Demokraten und den 10 der KPD. Doch stärkte aus der Wahl hervorgegangen sind, daß sich bei der CDU besonders in Württemberg eine erhebliche Abwanderung zu den Demokraten ereignete.

Diese Abspaltung von der CDU zugunsten der Demokraten bedeutet, daß ein Teil der vornehmlich wirtschaftlich-kapitalistisch orientierten Anhänger der CDU ihre Interessen offenbar bei der DVP besser glauben werden zu können, die damit stärker als vorher den Charakter der früheren Liberalen angenommen hat. Insofern könnte diese Kräfteverschiebung als eine Scheidung der Geister angesehen werden, in der das Bemerkenswerte der gestrigen Wahl liegt. Denn diese Scheidung erschließt zwei Möglichkeiten: daß erstens für die CDU die Steuerung eines sozialen Kurzes leichter geworden, daß zweitens hierdurch eine Annäherung zwischen SPD und CDU, auf dem heute so besonders lebenswichtigen wirtschaftlichen und sozialen Gebiet erleichtert wird. Von insgesamt 100 Sitzen hätten CDU und SPD — sekte man den Fall einer Koalition — mit 73 Sitzen die absolute Mehrheit. Die Möglichkeit einer starken Koalition ist damit gegeben. Ob sie praktisch wirksam werden wird, hängt von der Entscheidung bei der Parteileitung ab. Die CDU könnte geltend machen, daß die erwählte Abspaltung sie innerlich geschlossener gemacht habe, daß überdies die alte politische Tradition der Südweste des Reiches eine Koalition empfehle. Dieser Koalition bräue der Gedanke der erwünschten Unabhängigkeit und fruchtbarer Opposition zweier großer Parteien nicht unbedingt entgegen zu stehen. Von seiten der SPD dürfte jedoch die erwählte Abspaltung als erster, sichtbar Ausdruck einer Heterogenität der CDU, der Verschiedenheit der in ihr zusammengefaßten Kräfte gewertet werden. Wogegen die SPD eine Bekräftigung der Überzeugung folgern könnte, wie sie gerade lethlich durch den Beauftragten der SPD der Westzone, Dr. Schumacher, unter betontem Hinweis auf die Verschiedenheit beider Parteien zum Ausdruck gebracht wurde. Die Entscheidung liegt, wie gesagt, bei den Parteileitungen. Läßt man die angelegte Koalition außer Betracht, so stehen die 41 Sitzen der CDU die insgesamt 42 Sitze der SPD und KPD gegenüber, bei denen der Wahlanspruch zu einer Stärkung des Willens zu gemeinsamen Handeln führen könnte. Die DVP würde in diesem Falle das Zünglein an der Waage bilden und mit dieser Möglichkeit stärkeres Gewicht als bisher erhalten.

Die verfassunggebende Landesversammlung trägt keinen entscheidenden Charakter, da sie nicht gesetzgebend, sondern mit der Aufgabe beauftragt ist, die Verfassung auszuarbeiten und sie zum Volksentscheid vorzulegen. Eine begrenzte, aber immerhin so große Aufgabe, daß das Wahlergebnis die Frage aufwirft, ob ihm nicht in der Zusammensetzung des bisher nur „ernannten“ Kabinetts entgegen zu werden sollte. Man wird geneigt sein, auf diese Konsequenz im Hinblick darauf zu verzichten, daß bis zu dem Volksentscheid am 2. November nur noch eine verhältnismäßig kurze Amtsdauer des Kabinetts kopieren ist. Ein Einwand, der nicht ganz stichhaltig erscheint gegenüber den starken Gegensätzlichkeiten der Auffassungen, die sich hinsichtlich des Verfassungsentwurfs bereits entschieden ausgesprochen haben. Verfällt der Entwurf im Volksentscheid der Ablehnung, muß eine neue Ausarbeitung vorgenommen werden, die eine Umbesetzung im Kabinetts bedingen würde. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß man einer solchen Eventualität schon auf Grund des gestrigen Wahlergebnisses Rechnung trägt.

Zentrumspartei für Staatseinheit

Bonn, 1. Juli. (DANA) Für die Zugehörigkeit des Rhein- und Ruhrgebietes zu einem einheitlichen deutschen Staat setzte sich der erste Vorsitzende der Zentrumspartei, Dr. Hamacher, in einer Rede auf der ersten Parteiversammlung in Bonn aus.

Die politische Grundhaltung des Zentrums charakterisierte er als einen Standpunkt der Mitte und Mäßigung. Das Zentrum sei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei. Seine Partei fordere die Bekenntnisschule und die Einheit des Reiches.

Zum Schluß rief Dr. Hamacher die Jugend auf, sich der Politik des Geistes zuzuwenden und mit der Kriegspolitik zu brechen.

Keine Anzeichen für eine Inflation

Wirtschaftsaufschwung in der US-Zone — Gegen die Zonengrenzen — Führungsaufgabe der Presse

Monatsbericht des Militärregierers

Berlin, 1. Juli. (DANA) Eine ermutigende Aufwärtstendenz in allen Zweigen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens sowie eine weiterhin fortschreitende Übertragung von Verantwortung und Aufgaben an deutsche Behörden stellt der letzte Monatsbericht des Militärregierers der US-Zone, General Joseph T. McNarney, fest. Der Bericht, der größtenteils den Monat Mai umfaßt, ist der günstigste aller seit Januar veröffentlichten Monatsberichte.

Die amerikanische Besetzte Zone hat als erste aller Zonen demokratische Wahlen abgehalten und damit die Potsdamer Beschlüsse erfüllt. Durch die Gemeindevahlen im Januar, die Land- und Stadtkreiswahlen im April und Mai hat die US-Zone als erste der vier Besatzungszonen Deutschlands die Gemeindevorteilungen frei wählen lassen.

Ein Anwachsen der Leistungsfähigkeit des Länderrates sei dadurch ermöglicht worden, daß ein Direktorium gebildet wurde, welches die Angelegenheiten regeln kann, die nicht der Entscheidung der drei Ministerpräsidenten bedürfen und ferner dadurch, daß die Befugnisse der Ministerpräsidenten dahin erweitert wurden, Entscheidungen auf wirtschaftlichen Gebieten nur noch in besonderen wichtigen Fällen der Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen. Die Tatsache, daß der Länderrat zwei ansehnliche Gesetze vorgelegt hat, deutet darauf hin, daß die deutschen Zivilbehörden sich ihrer Verantwortung in der Regierung und Gesetzgebung immer mehr bewußt werden. Es ist gesetzlich festgelegt, daß Beamte, die von der Militärregierung ernannt wurden, nicht aufgeführt werden dürfen, einer politischen Partei Bericht zu erstatten, wenn die Anordnung Nr. 1 der Militärregierung bestimmt, daß keine andere Organisation berechtigt ist, Beamte zu kontrollieren oder sich zwischen den Beamten und seine ihm anvertraute Aufgabe zu stellen.

Ein bemerkenswerter Aufschwung war auf wirtschaftlichen Gebieten der US-Zone im Monat Mai zu verzeichnen. Einzelne Anzeichen dafür waren in Ermangelung von Vereinbarungen der vier Mächte zweiseitige Maßnahmen auf dem Gebiet des Handels, das Ansteigen der industriellen Erzeugung um 5 Prozent auf schätzungsweise 26 Prozent der gegenwärtigen Produktionsfähigkeit und eine endgültige Entspannung der Versorgungspläne in mehreren Verbrauchsgruppen.

Der Mai-Bericht der Militärregierung enthält auch die Bemerkung: „Der Budgetzustand war in den drei Ländern der amerikanischen Zone während des Finanzjahres 1945 unerwartet gut“. Statt der erwarteten Zahlung der Württemberg auf Baden und Großhessen beträchtliche Überschüsse, und Bayern gab den Ausgleich der Einzugs mit den Ausgaben bekannt. Auch Post und Eisenbahn haben zum erstmaligen seit der Besetzung mit Überschüssen gearbeitet.

Keine Inflationsgefahr

Ueber die Preiskontrolle besagt der Bericht, daß keine Anzeichen für eine Inflation in Deutschland vorhanden sind. In Deutschland wäre die Preiserhöhung seit 1939 geringer als in jedem anderen Nachbarstaat, eine Tatsache, die für den geplanten Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Ausland von besonderer Bedeutung sei.

Im Außenhandel betrug der Export 38 Prozent der Importankäufe. Im Innenverkehr hat die US-Zone seit dem vorigen Winter mehrere Waren eingeführt als exportiert. Durch den daraus entstandenen Warenüberschuß werden die anderen Zonen die „Dividenden“ in Form von erhöhter Belieferung mit Fertigwaren aus der US-Zone erhalten.

Hinsichtlich der Zukunft sagt McNarney: „Es wird erwartet, daß die Besetzung der Württemberg auf Baden und Großhessen beträchtliche Überschüsse, und Bayern gab den Ausgleich der Einzugs mit den Ausgaben bekannt. Auch Post und Eisenbahn haben zum erstmaligen seit der Besetzung mit Überschüssen gearbeitet.“

Goebbels hatte Angst vor Bormann - sagt Fritzsche

Ribbentrop entschied in der Auslandspropaganda — Die „Legende“ um Bormann — Der Krieg „über Nacht“

Nürnberg, 1. Juli. (DANA) In der Freitagssitzung bestätigte der Angeklagte Hans Fritzsche dem russischen Hauptankläger Gen. Rudenko, daß die deutsche Propaganda auf einem „Fundament der Lüge und Verleumdung“ stand. Als Entschuldigung dafür, daß er sich in den Dienst dieser Propaganda stellte, führte Fritzsche an, daß er selbst zu jener Zeit von der Wahrheit seiner Nachrichten überzeugt war. So habe er u. a. von den Verleumdungsmethoden der Nazis erst nach der Wiedereroberung Charkows durch die Russen erfahren. Ueber die dabei erwähnten Gaswagen habe er bei Goebbels nachgefragt und die Antwort erhalten, diese Gaswagen seien „reines Produkt der russischen Phantasie“.

Allmählich habe er dann aber die Wahrheit erfahren. Der Glaube an die Menschlichkeit Adolf Hitlers wurde zerstört durch die Ermordung von 5 Millionen Menschen. Der Glaube an die sittliche Reinheit des Systems wurde zerstört durch die Foltersysteme. Der Glaube an die unbedingte Friedensliebe Adolf Hitlers wurde erschüttert durch das, was in diesem Gerichtssaal zur Sprache kam.

In den letzten Kriegsjahren habe das Auswärtige Amt einen Vertreter im Propagandaministerium unterstellt. Als Entschuldigung Wort in der Auslandspropaganda habe sich Ribbentrop vorbehalten.

Vor jedem deutschen Überfall auf ein europäisches Land erschien der Vertreter des Auswärtigen Amtes mit einem fertigen Dokumentenbuch (Weißbuch), das im Außenamt „erarbeitet“ worden war.

Während der Angeklagte selbst zunächst nur geringen Kontakt zu Goebbels gehabt haben will, sei der eigentlich schlußfertige Mann auf die deutsche Propaganda Bormann gewesen, vor dem Goebbels ausgesprochene Angst hatte. Später sei dann dienstlich eine immer engerer Fühlungnahme zwischen ihm und Goebbels entstanden. In der Leitung des deutschen Rundfunks habe er (Fritzsche) größte Selbständigkeit genossen und seine Rundfunksprachen seien nie von Goebbels zensiert worden.

Der Angeklagte mußte zugeben, daß diese Ansprachen von „fanatischer Treue zum Führer und zum Nationalsozialismus durchdrungen“ waren.

Der als einziger Entschuldigung für Fritzsche vorzunehmende persönliche Presseferont Goebbels, Moritz von Schirmerstein, schilderte den Angeklagten als einen Fachmann der Presse, der als solcher und nicht im Auftrage der Partei ins Reichspropagandaministerium und zum Rundfunk gekommen sei. Er, der Zeuge, habe Fritzsche im Auftrage Goebbels, des öfteren rügen müssen. Fritzsche sei der einzige Mann gewesen, der es gewagt habe, Goebbels zu widersprechen.

Der Verteidiger des Angeklagten Bormann, Dr. Bergold, teilte zu Beginn der Samstag-Sitzung dem Gericht mit, daß bisher nur einer der von ihm bestrittenen Entlastungszeugen für seinen Mandanten in Nürnberg eingetroffen sei. Es handelte sich bei diesem Zeugen um den ehemaligen Staatssekretär Dr. Gerhard Klöpfer.

In der Beweisaufnahme zum Falle Bormann legte Dr. Friedrich Bergold, der Verteidiger des Parteikanzlers, Reichsleiter Martin Bormann, eine eidensstattliche Erklärung der früheren Sekretärin des Angeklagten, Fräulein Else Krüger, vor, in

Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft bietet. Deutschland muß für den Export produzieren, um die wichtigsten aus dem Ausland benötigten Güter bezahlen zu können. Andererseits können die Industriearbeiter bei den geringen Lebensmittelpreisen nicht genügend leben.

Die Wiederherstellung der industriellen Produktion hängt deshalb in hohem Maße von der landwirtschaftlichen Erzeugung ab. Wichtig sind ferner die höchste Ausnutzung einheimischer Hilfsquellen, die restlose Erfassung einheimischer Erträge und die gerechte Verteilung aller, bei gleichzeitiger Ausschaltung des schwarzen Marktes, verfügbaren wirtschaftlichen Hilfsquellen der US-Zone kann jedoch nicht erreicht werden, wenn nicht die Zonengrenzen aufgehoben und ein zentrales Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsamt errichtet wird.

Presse muß kritisch überprüfen

Die lizenzierte Presse hat trotz vieler technischer und finanzieller Schwierigkeiten einen überraschend hohen Stand journalistischen Könnens erreicht. Die lizenzierten Zeitungen wurden durch die Nachrichten-Kontrollorgane ermutigt, jeden Versuch der deutschen Behörden, sie zu zwingen, amtliche Nachrichten nur durch die amtlichen Pressestellen zu beziehen, sofort abzuschlagen. Die Presse in der US-Zone wird, wie die Presse in Amerika, in allen das Gemeinwohl betreffenden Fragen die Führung übernehmen. Sie muß in der Lage sein, die Handlungen der deutschen Behörden kritisch zu überprüfen und ihren Zugang zu allen amtlichen Nachrichtenquellen zu haben.

Einige weniger günstige Punkte des Berichtes deuten auf die Hindernisse hin, z. B. die Notwendigkeit, die Reparationslieferungen einzustellen, bis eine endgültige Entscheidung über die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit getroffen wird. Andere Schwierigkeiten waren der Materialmangel, das Fehlen von Ersatzteilen, die Nahrungsmittelknappheit, die Beschränkung des Interzonenverkehrs, die kritische Wohnraumknappheit und der Bedarf an Facharbeitern.

Das Bestreben nach Pressefreiheit macht sich, wie Generalmajor Robert A. McClure, der Leiter des amerikanischen Nachrichtenkontrollamtes der Militärregierung in einer am Samstag veröffentlichten Presseerklärung bekannt, in Deutschland in steigendem Maße bemerkbar.

Diese Tatsache ist teilweise darauf zurückzuführen, daß das Nachrichtenkontrollamt die lizenzierten deutschen Verleger und Redakteure in der Zone ermutigt hat, in ihrem Bezirk von sich aus die Maßnahmen der Regierungsstellen zu kontrollieren und wenn nötig, auch zu kritisieren. Das Nachrichtenkontrollamt geht davon aus, daß die deutsche Presse nach demokratischen Gesichtspunkten aufgebaut und in keiner Weise daran gehindert werden sollte, direkten Zugang zu den offiziellen Informationsquellen zu haben.

Anschluß an US-Nachrichtenagentur

Berlin, 1. Juli. (DANA) Die Zusammenarbeit amerikanischer Nachrichtenagenturen mit der deutschen Presse, die mit der Zulassung des Assopressendienstes für die lizenzierten Zeitungen in der amerikanischen Zone am Mittwochabend begann, bedeute, so erklärte General Robert A. McClure,

einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer freien Presse in der US-Zone Deutschlands. Ein einfacher elektrischer Schalter würde genügen, um die deutschen Zeitungen in der direkten Verbindung mit dem Hauptbüro der Associated Press in New York und London.

Die gesetzliche Grundlage, auf der Associated Press und andere amerikanische Nachrichtenagenturen sich in Deutschland betätigen werden, ist eine besondere Lizenz des amerikanischen Finanzministeriums, die während der Gültigkeit dieser Lizenz zur Regelung des Handels mit dem Feindesland zusammenarbeiten werden, um deutsche Zeitungen direkt zu bedienen, als einen der wichtigsten Schritte für die Umkehrung der deutschen und die Errichtung einer Presse, die demokratischen Richtlinien und in Übereinstimmung mit bester amerikanischer Praxis aufgebaut ist.

Um eine lebhaft und gut unterrichtete Presse zu haben, muß es einen ungehemmten Strom von Nachrichten aus aller Welt geben. Nach dieser Meinung wird das am besten durch normal funktionierende Nachrichtenagenturen auf gegenseitlicher Basis erreicht.

Der Nachrichtenendienst der amerikanischen Agenturen wird durch die Zulassung der amerikanischen Militärregierung betrieben, jedoch wird eine lizenzierte deutsche Nachrichtenagentur angewandt werden.

General McClure sagte: „Ich betrachte die Sache, daß Associated Press, United Press eventuell International News Service mit Deutschland zusammenarbeiten werden, um deutsche Zeitungen direkt zu bedienen, als einen der wichtigsten Schritte für die Umkehrung der deutschen und die Errichtung einer Presse, die demokratischen Richtlinien und in Übereinstimmung mit bester amerikanischer Praxis aufgebaut ist.“

Um eine lebhaft und gut unterrichtete Presse zu haben, muß es einen ungehemmten Strom von Nachrichten aus aller Welt geben. Nach dieser Meinung wird das am besten durch normal funktionierende Nachrichtenagenturen auf gegenseitlicher Basis erreicht.“

Atombombenversuch dient Weltfrieden

„Ein Feuerschein, zehnmal heller als die Sonne“ — Das Experiment gelungen — Auswertung beginnt

San Francisco, 1. Juli. (DANA) Am Sonntag, am 24. Uhr deutscher Sommerzeit, explodierte die vierte bisher abgeworfene Atomombe über dem Bikini-Atoll im Pazifik und ließ die Insel und die aus 73 Schiffen bestehende Zielflotte in Feuer und Rauch verschwinden.

Zwei Minuten nach der Explosion bildeten sich aus der 2000 Meter in die Stratosphäre ragenden Rauchwolke zwei übereinanderstehende Pilze, von denen der oberste cremefarben und der untere von reinem Weiß war. Die Besatzung der „Superfortress“ (fliegende Festung) von der die Bombe abgeworfen worden war, konnte bei einer zweiten Überquerung der Abwurfstelle bald nach der Explosion feststellen, daß das japanische Schlachtschiff Nagato in Brand geraten war, daß jedoch die Palmen des Bikini-Atolls noch standen.

Vizeadmiral Blandy, der die Durchführung des Atomombenversuches leitete, sprach etwas später bekannt, daß das Experiment gelungen sei. Von den 73 Zielschiffen seien 5, nämlich die Flugzeugträger Saratoga und Independence, der amerikanische Kreuzer Pensacola, der japanische Kreuzer Sakawa und 1 Transporter in Brand gesetzt worden. Die Bombe sei fast genau über dem Flugzeugträger Independence explodiert und habe dabei einen Feuerschein entwickelt, der zehnmal heller gewesen sei, als die Strahlen der Sonne. Eine Plutwelle oder sonstige außergewöhnliche Erscheinungen habe man jedoch nicht beobachtet können. Unfälle oder Beschädigungen der Zuschauerflotte seien bisher nicht gemeldet worden. Auf den Schiffen, auf denen sich die Zeugen des

Bombenwurfs befanden, und die fast 15 Kilometer von der Abwurfstelle entfernt waren, konnte man nach der Explosion zunächst eine Hitzewelle bemerken und einen Augenblick später eine schwere, durch die Detonationswelle hervorgerufene Erschütterung. Der Schall der Explosion war jedoch verhältnismäßig schwächer als man erwartet hatte. Einer der Zuschauer erklärte, daß die Detonation nur etwa so laut zu hören gewesen sei, wie der Abwurf eines 15-Zentimeter-Schiffsgeschützes.

Aus Hawaii wird gemeldet, daß der Seismograph der dortigen Universität nicht sichtbar auf die Explosion reagiert habe.

Damit ist der Atomomben-Versuch von Bikini in seinem 1. Teil abgeschlossen und es beginnt jetzt die umfangreiche und langwierige Arbeit der Sammlung und Auswertung der Ergebnisse, die das Experiment gebracht hat.

Von dem Kommandoschiff des Admirals Blandy wird gemeldet, daß der frühere deutsche Kreuzer „Prinz Eugen“ durch die Explosion schwer beschädigt wurde. Zwei Transporter, die „Gillian“ und der „Carlie“ sind gesunken, während das Unterseeboot „Skate“ ebenfalls schweren Schaden erlitt. Der Zerstörer „Lampson Mopson“ kippte durch die Wirkung der Bombe um, sank jedoch nicht.

Washington, 1. Juli. (DANA) Der Atomombenversuch auf Bikini ist dazu bestimmt, die Welt zu erhalten“, erklärte der Leiter des Atomomben-Unternehmens, Vizeadmiral W. H. P. Blandy.

Ein schwaches Amerika könne keinen friedlichen Einfluß auf die Welt haben.

Generalstabschef E. A. Tamm erklärte, daß die für den Atomombenversuch aufgewandten Kosten im Vergleich zu den dadurch eingehenden Informationen äußerst gering seien. Um Frieden, Glück und Frieden zu erhalten, seien keine Opfer zu gering.

Die beiden vollständigen Berichte über die Wirkung der auf Nagasaki und Hiroshima abgeworfenen Atomomben und über die Gefahren der Radioaktivität wurden gleichzeitig vom „Wall Street Journal“ und vom amerikanischen Kriegsministerium veröffentlicht.

Personen, die sich in der Nähe des Explosionsortes befanden und von der gewaltigen Hitzewelle verschont blieben, erkrankten 2 bis 3 Tage später an den Folgen der tödlichen Radioaktivität. Innerhalb einer Woche waren die meisten tot. Autopsie ihrer Leichen ergab bemerkenswerte Veränderungen im Blutbild.

In der Veröffentlichung wird weiter hervorgehoben, daß selbst, wenn es gelang, die Wirkung der Explosion und der Hitze bei der Atomombe von rund 800 Metern oben im Raum zu vermeiden, die Zahl der Toten in einem doppelten so großen Raum die erst nach drei bis vier Wochen an den Folgen der radioaktiven Zerfalls sterben würden. Die Zahl der Toten in Hiroshima betrug bei einer ursprünglichen Einwohnerzahl von 250 000 Menschen, 66 000 Personen. 69 000 Menschen wurden durch die Auswirkung der Atomombe verletzt. Die Zahl der Toten in den beiden japanischen Städten, die sich während des Atomombenversuchs in Luftschutzkellern befanden, entkamen zum größten Teil unverletzt, wenn ihre Keller sich nicht in der Nachbarschaft der Explosion befanden.

In den Berichten wird weiter ein weitreichender Verteidigungsplan gegen einen Atomombenangriff empfohlen. Unter anderem wird eine Verteilung der Industrieanlagen über das ganze Land vorgeschlagen. Luftschutzhäuser und feste Steinbauten sollen für die Bevölkerung gefordert werden. Die amerikanische Nation wird aufgefordert, die Verantwortung zu denken, die das amerikanische Volk mit der Entwicklung dieser Waffe übernommen habe.

Die amerikanische Nation wird aufgefordert, die Verantwortung zu denken, die das amerikanische Volk mit der Entwicklung dieser Waffe übernommen habe.

Zur Arbeit des Atomenergieausschusses

New York, 1. Juli. (DANA) Präsident Truman sicherte am 28. Juni in einer Botschaft an Bernhard Baruch, dem Vertreter der Ver. Staaten beim Atomenergieausschuß, diesem erneut seine volle Unterstützung zu.

Baruch forderte das Arbeitskomitee des Atomenergieausschusses auf, die Arbeit möglichst zu beschleunigen, da die Zeit dränge. Er legte den Mitgliedern des Komitees ebenso fünf Mitteilungen vor, die den Plan für die internationale Kontrolle der Atomenergie vorbereiten soll. Dieser Vorschlag sei in der heutigen Sitzung einstimmig angenommen worden. Es sei die Aufgabe der Mitglieder dieses Atomenergieausschusses, die Grundlagen für ein ihnen möglich erscheinendes Abkommen auszufinden zu machen. Das Arbeitskomitee werde in geschlossener Sitzung tagen, seine Arbeit werde jedoch in der öffentlichen Sitzung des Atomenergieausschusses geprüft.

Der britische Oberbefehlshaber warnt Hamburgs Bevölkerung

Hamburg, 1. Juli. (DANA) Im Zusammenhang mit Demonstrationen in Hamburg, die am 22. Juni anlässlich der Besichtigung der Hamburger Wohnhäuser für Angehörige der britischen Besatzungsmacht stattfanden, erließ der neue britische Oberbefehlshaber, Generalleutnant Ne Creery, eine Warnung an die Hamburger Bevölkerung:

„Derartige Störungen der öffentlichen Ordnung durch gewisse Kreise der Bevölkerung werden nicht nur die öffentliche Ordnung, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährden und ähnliche Vorfälle sich wiederholen werden energische Maßnahmen getroffen werden.“

Oberbürgermeister Petersen wandte sich in einer Rundfunkansprache ebenfalls an die Hamburger und warnte sie vor einer Wiederholung derartiger Vorkommnisse.

„Der anständige und aufbauwillige Teil der deutschen Jugend“, heißt es in einer Stellungnahme der Hamburger Arbeiterjugendverbände, „verurteilt ein solches Verhalten gewisser jugendlicher Demonstranten. Dadurch wird der Wille der deutschen Jugend, am Wiederaufbau zu helfen und Deutschlands Ansehen in der Welt zurückzugewinnen, sabotiert.“

Lizenz widerrufen

Wegen Zuwiderhandels gegen die Richtlinien der Militärregierung wurde die Lizenzkontrollbehörde der Militärregierung am Donnerstag bekanntgab, die Lizenz für die Zeitung „Der Tagesspiegel“ zu widerrufen.

Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den 19 lizenzierten Zeitungen sind ausgeschrieben“, erklärte Oberst McMahon weiter.

134 Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt

Berlin, 1. Juli. (DANA) 134 Todesurteile sind seit Juli 1945 in den Kriegsverbrecherprozessen der amerikanischen Besatzungszone ausgesprochen worden, heißt es in dem letzten Bericht des amerikanischen Oberbefehlshabers in Deutschland, General Joseph T. McNarney.

Sühne für Mord

Bochum, 1. Juli. (DANA) Das hiesige Militärgericht verurteilte Heinrich Fischer wegen Mordhandlung und Tötung eines britischen Fliegers zum Tode durch den Strang. Von den 5 Angeklagten erhielt wegen Teilnahme der Angeklagte Weiß eine Gefängnisstrafe von 20, Gerhard Köster und Walter Willich von 5 Jahren. Karl Galka und Heinrich Völker wurden freigesprochen.

Tatsachenmaterial über 20. Juli gesucht

Berlin, 1. Juli. (DANA) Alle Beteiligten am 20. Juli 1944 wurden zum Hauptauschuß „Opfer des Faschismus“ um sofortige Zusendung von „letzten Briefen“ der dabei Hingerichteten und genau Berichte über die Tätigkeit einzelner Gruppen in dieser Widerstandsbewegung gebeten.

Der Hauptauschuß ODF plant die Herausgabe eines umfassenden Tatsachenberichtes.

Ordnungsstrafe für „Süddeutsche Zeitung“

München, 1. Juli. (DANA) Eine Ordnungsstrafe und einen scharfen Verweis wegen grober Verletzung der von der Militärregierung für die deutsche Presse erlassenen Richtlinien erhielt am 25. Juni die „Süddeutsche Zeitung“ durch Oberst Bernard E. McMahon, Leiter der Nachrichtenkontrollabteilung der Militärregierung.

Die „Süddeutsche Zeitung“, die eine Auflage von 400 000 Exemplaren hat, veröffentlicht am 4. Juni d. J. einen Artikel, der die tschechoslowakische Regierung wegen angeblicher schlechter Behandlung der deutschen Ausgewiesenen kritisierte.

Die deshalb verhängte Ordnungsstrafe besteht darin, daß die sechsteilige Ausgabe der Zeitung für die Dauer von 30 Tagen auf vier Seiten beschränkt wurde. Gleichzeitig wurde die Zeitung nachdrücklich vorwarn und darauf aufmerksam gemacht, daß jede weitere Verletzung der Richtlinien die Suspendierung oder den Verlust der Lizenz nach sich ziehen würde.

„Die deutschen Zeitungen der amerikanischen Zone unterliegen nicht der Zensur“, erklärte Oberst McMahon bei Verkündung der Strafbestimmungen, „sie sind jedoch verantwortlich für das, was sie drucken. Den Herausgebern ist durch einige einfache Richtlinien ausdrücklich zur Kenntnis gebracht worden, daß Kritik an der Militärregierung, den alliierten Mächten oder den Vereinten Nationen nicht geduldet wird. Die Herausgeber der „Süddeutschen Zeitung“ wußten, daß sie sich vorläufiger Verletzung dieser Richtlinien schuldig machten, als sie die tschechoslowakische Regierung angriffen.“

„Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den 19 lizenzierten Zeitungen sind ausgeschrieben“, erklärte Oberst McMahon weiter.

Goebbels hatte Angst vor Bormann - sagt Fritzsche

Ribbentrop entschied in der Auslandspropaganda — Die „Legende“ um Bormann — Der Krieg „über Nacht“

der es heißt „Ich sah Martin Bormann zum letzten Male am 1. Mai 1945 im Bunker der Reichskanzlei. Er sagte zu mir: „Also, dann auf Wiedersehen, viel Sinn hat es ja doch nicht mehr, aber ich werde mal versuchen, hier herauszukommen. Durchkommen werde ich ja doch nicht.“

Dr. Bergold erklärte er habe vor einiger Zeit in einer englischen Zeitung gelesen, der langjährige Chauffeur Hitlers, Kempka, der ebenfalls mit Bormann zusammen die Reichskanzlei verließ, „sollte ausgesagt haben, Bormann sei tot“. „Es ist sehr bedauerlich“, sagte Dr. Bergold weiter, „daß der Tod Bormanns nicht einwandfrei erwiesen werden kann. Dadurch wird die Legendenbildung gefördert und es treten bereits falsche Bormann auf, die sich nicht unter dem Namen Martin Bormann Briefe schreiben, die unmöglich von dem Angeklagten stammen können.“ Der Verteidiger des Angeklagten Bormann will, wie er sagt, versuchen nachzuweisen, daß dieser (Bormann) nicht die „legendehafte große Rolle“ spielte, die ihm „jetzt, nach dem Zusammenbruch zugeschrieben wird“.

134 Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt

Berlin, 1. Juli. (DANA) 134 Todesurteile sind seit Juli 1945 in den Kriegsverbrecherprozessen der amerikanischen Besatzungszone ausgesprochen worden, heißt es in dem letzten Bericht des amerikanischen Oberbefehlshabers in Deutschland, General Joseph T. McNarney.

Sühne für Mord

Bochum, 1. Juli. (DANA) Das hiesige Militärgericht verurteilte Heinrich Fischer wegen Mordhandlung und Tötung eines britischen Fliegers zum Tode durch den Strang. Von den 5 Angeklagten erhielt wegen Teilnahme der Angeklagte Weiß eine Gefängnisstrafe von 20, Gerhard Köster und Walter Willich von 5 Jahren. Karl Galka und Heinrich Völker wurden freigesprochen.

Tatsachenmaterial über 20. Juli gesucht

Berlin, 1. Juli. (DANA) Alle Beteiligten am 20. Juli 1944 wurden zum Hauptauschuß „Opfer des Faschismus“ um sofortige Zusendung von „letzten Briefen“ der dabei Hingerichteten und genau Berichte über die Tätigkeit einzelner Gruppen in dieser Widerstandsbewegung gebeten.

Der Hauptauschuß ODF plant die Herausgabe eines umfassenden Tatsachenberichtes.

Ordnungsstrafe für „Süddeutsche Zeitung“

München, 1. Juli. (DANA) Eine Ordnungsstrafe und einen scharfen Verweis wegen grober Verletzung der von der Militärregierung für die deutsche Presse erlassenen Richtlinien erhielt am 25. Juni die „Süddeutsche Zeitung“ durch Oberst Bernard E. McMahon, Leiter der Nachrichtenkontrollabteilung der Militärregierung.

Die „Süddeutsche Zeitung“, die eine Auflage von 400 000 Exemplaren hat, veröffentlicht am 4. Juni d. J. einen Artikel, der die tschechoslowakische Regierung wegen angeblicher schlechter Behandlung der deutschen Ausgewiesenen kritisierte.

Die deshalb verhängte Ordnungsstrafe besteht darin, daß die sechsteilige Ausgabe der Zeitung für die Dauer von 30 Tagen auf vier Seiten beschränkt wurde. Gleichzeitig wurde die Zeitung nachdrücklich vorwarn und darauf aufmerksam gemacht, daß jede weitere Verletzung der Richtlinien die Suspendierung oder den Verlust der Lizenz nach sich ziehen würde.

„Die deutschen Zeitungen der amerikanischen Zone unterliegen nicht der Zensur“, erklärte Oberst McMahon bei Verkündung der Strafbestimmungen, „sie sind jedoch verantwortlich für das, was sie drucken. Den Herausgebern ist durch einige einfache Richtlinien ausdrücklich zur Kenntnis gebracht worden, daß Kritik an der Militärregierung, den alliierten Mächten oder den Vereinten Nationen nicht geduldet wird. Die Herausgeber der „Süddeutschen Zeitung“ wußten, daß sie sich vorläufiger Verletzung dieser Richtlinien schuldig machten, als sie die tschechoslowakische Regierung angriffen.“

„Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den 19 lizenzierten Zeitungen sind ausgeschrieben“, erklärte Oberst McMahon weiter.

